

## **BUND-Forderungen zur EU-Agrarreform 2013**

### **Ausgangslage: Die Agrarpolitik der Vergangenheit hat versagt**

Die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) kostet dem Steuerzahler pro Jahr allein aus dem EU Haushalt ca. 50 Mrd €. Doch trotz dieser enormen Summe hat sie aus Sicht des BUND bisher mehr zur Belastung öffentlicher Güter, als zur ihrem Schutz beigetragen, gleichzeitig hat sie sich als eine Arbeitsplatzvernichtungsmaschine erwiesen. Bauern und Umwelt leiden unter ihr. Die viel gepriesene „multifunktionale Landwirtschaft“ (auch als „Europäisches Agrarmodell“ bezeichnet), die umweltverträglich gesunde Nahrungsmittel in einer vielfältigen Kulturlandschaft herstellt, hat unter den derzeitigen Rahmenbedingungen gegenüber einer industriellen Produktion derzeit keine Chance. Daher ist eine tiefgreifende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) im Jahr 2013 dringend notwendig.

Als Leitbild der Reform ist der Erhalt einer bäuerlich, ökologisch orientierten Landwirtschaft als bewusstes Gegenmodell zur Agrarindustrie zu wählen. Alle verfügbaren agrarpolitischen Instrumente sind hierauf auszurichten. Das bedeutet radikale Veränderungen bei den Fördermaßnahmen, aber: Agrarpolitik ist mehr als „nur“ Geldverteilen. Die „Stabilisierung der Märkte“ ist ausdrücklich als Ziel der Europäischen Agrarpolitik in den Europäischen Verträgen festgeschrieben. Instrumente dazu sind quasi nicht vorhanden.

In Zukunft muss gelten: Staatliche Unterstützung gibt es nur für eine umweltschonende und tiergerechte Landwirtschaft („Public Money for Public Goods“). Die EU und die Bundesregierung haben zwar bereits Ziele zum Schutz öffentlicher Güter festgelegt, doch versagt bisher die Agrarpolitik dabei, zum Erreichen dieser Ziele positiv beizutragen. Gefordert ist daher eine Reform der GAP, die Kohärenz herstellt zwischen einerseits Agrarsubventionen und Regeln für die Agrarmärkte und andererseits den bereits beschlossenen Schutzzielen für öffentliche Güter. Die wichtigsten Ziele, zu denen die GAP in Einklang gebracht werden muss, lauten:

1. **Biodiversität** sichern: Die intensive Landwirtschaft mit hohen Dünger- und Pflanzenschutzmitteleinsatz, engen Fruchtfolgen und der Vernichtung von Landschaftselementen zur weiteren Vergrößerung der Flächen trägt in erheblichem

Maße zur Artenverarmung in der Kulturlandschaft bei. Deutschland und die EU haben das Ziel und das der Öffentlichkeit gegebene Versprechen, den Verlust der Artenvielfalt bis 2010 zu stoppen, verfehlt. Die Überdüngung stagniert auf hohem Niveau, obwohl die Bundesregierung in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie eine Senkung bis 2010 versprochen hat. Stattdessen hat sie die Dünge-Verordnung seit 2006 aufgeweicht. Verbindliche Regeln für den Artenschutz fehlen.

2. Zum **Klimaschutz** beitragen: Die intensive Agrarproduktion trägt im erheblichen Maße zum Verbrauch fossiler Ressourcen bei, insbesondere durch die Erdölabhängigkeit bei der Erzeugung von synthetischen Düngemitteln. Daraus resultiert ein erheblicher Anteil der CO<sub>2</sub>- und Lachgasemissionen in Deutschland. Zudem wird einer der wichtigsten CO<sub>2</sub>-Speicher im Boden reduziert durch den Grünlandumbruch und die zu intensive Bewirtschaftung von Mooren. Deutschland verfehlt außerdem die Zielmarkte der EU-Richtlinie zur Senkung der *Ammoniak-Emissionen* bis 2010.<sup>1</sup> Ammoniak stammt zu 95 % aus der Landwirtschaft, hauptsächlich aus intensiven Tierhaltungen
3. **Wasserschutz** fördern: Das Grundwasser ist unsere wichtigste Trinkwasserquelle. Doch über die Hälfte der Grundwasservorkommen in Deutschland sind in alarmierendem Maße mit Nitrat belastet. Die EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) gibt vor, dass unsere Gewässer bis 2015 in einem „guten Zustand“ sein sollen, doch ist es äußerst fraglich, ob tatsächlich bis 2015 dieser „gute Zustand“ erreicht werden. Bei anderen ist unsicher, ob der gute Zustand erhalten werden kann. Hauptursache für Nitrat in Gewässern ist die Überdüngung mit Mineraldünger und Gülle aus der Landwirtschaft.
4. **Arbeitsplatzabbau im ländlichen Raum**: Die weitere Industrialisierung der Landwirtschaft, sowohl in der Geflügel- und Schweinehaltung als auch zunehmend in der Rinder- und Milchviehhaltung führt zu einer Konzentration in der Landwirtschaft mit weiterem Arbeitsplatzabbau. Die verfehlte Milchpolitik stellt die Existenz vieler bäuerlicher Milchviehhalter in Frage. Mit den Milchbauern verschwindet auch die Haltung von Milchkühen auf Wiesen und Weiden, die zum Grünlanderhalt dringend gebraucht wird. Auch andere Grünlandnutzer, wie Schäfer, Ziegen- und Mutterkuhhalter werden von der Agrarpolitik zu wenig unterstützt. Nutznießer der Agrarpolitik waren und sind flächenstarke Ackerbaubetriebe und Konzerne der Ernährungsindustrie, die Milch, Zucker und Fleisch verarbeiten und kein Interesse haben, die Wertschöpfung in den jeweiligen Regionen zu belassen.
5. **Welternährung**: Das Millenniums-Ziel, die Zahl der Hungernden bis 2015 zu halbieren, hat auch die Bundesregierung

---

<sup>1</sup> Vgl. Richtlinien [2001/81/EG](#), [2003/507/EG](#) und [UBA 2010](#)

unterzeichnet. Doch die GAP, insbesondere durch die Ausweitung der Fleischproduktion (Flächenverbrauch) und der aggressiven Exportstrategie für Agrarprodukte (Zerstörung lokaler Märkte), trägt entscheidend dazu bei, dass die Zahl der Menschen in extremer Armut tatsächlich weltweit steigt anstatt sinkt.

**Der BUND fordert: Ziele der zu reformierenden Agrarpolitik müssen zu bestehenden Nachhaltigkeitszielen und neuen Herausforderungen in Einklang gebracht werden:**

- Erhalt einer bäuerlich, ökologisch orientierten Landwirtschaft, die als bewusstes Gegenmodell zur Industrialisierung der Landwirtschaft zum Leitbild jeglicher politischer Maßnahmen erhoben wird (Umsetzung des „Europäischen Agrarmodells“).
- Klimaschutz: Senkung des Ausstoßes von Treibhausgasen aus der Landwirtschaft um 40 % bis 2020;
- Artenvielfalt: Effektiver Stopp des Verlustes der Artenvielfalt und Wiederherstellung verloren gegangener Habitate
- Strenger Gewässerschutz gemäß den Zielen der EU-Wasserrahmenrichtlinie;
- Minimierung der Stoffeinträge, insb. N/P und nachhaltiger Bodenschutz;
- Bessere und faire Marktregeln für regionale und ökologische Produkte zur Sicherung und Entwicklung lebendiger ländlicher Regionen mit nachhaltigen Einkommensmöglichkeiten.
- Ernährungs-Souveränität: Die Agrarpolitik in Deutschland und Europa muss zum Schutz heimischer Märkte und der heimischen Lebensmittelversorgung - auch in Entwicklungsländern - beitragen, statt diese zu zerstören.
- Verbraucherinformationen zu gesunder, klimafreundlicher und tierschutzgemäßer Ernährung.

## **Instrumente der Agrarpolitik:**

Diese Ziele sind nur erreichbar, wenn alle denkbaren agrarpolitischen Maßnahmen **strikt an ökologische und soziale Kriterien gebunden werden**. Öffentliche Fördergelder sind nur noch gezielt zur Belohnung von Leistungen im Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz sowie zum Erhalt der ländlichen Räume einzusetzen. Pauschale Prämien sind durch qualifizierte Zahlungen zu ersetzen.

## **1. Änderungen in der Förderpolitik:**

**Unser Grundsatz lautet: Landwirtschaftliche Produktionsformen, die zur Umweltbelastung beitragen, dürfen zukünftig nicht auch noch mit Steuergeldern gefördert werden. Stattdessen muss in Zukunft der Förderanteil aus Brüssel umso höher sein, je mehr eine Maßnahme positiv zum Natur-, Umwelt- und Tierschutz beiträgt. Dies würde die Mitgliedstaaten anreizen, diese Programme verstärkt anzubieten.**

- Kern der Förderpolitik müssen künftig Agrarumwelt-, Naturschutz- und Tierschutzprogramme sein. Diese sind gleich zu Beginn der neuen Förderperiode (2014-2020) stark auszubauen. Dazu gehört eine stärkere Förderung des Ökolandbaus und der extensiven Tierhaltung.
- Der Beitrag bäuerlicher Betriebe zum Erhalt der Kulturlandschaft und des ländlichen Raumes ist zu honorieren. Dabei ist die Arbeitsintensivität und Arbeitsplatzverlust zu berücksichtigen.
- Für benachteiligte Gebiete (z.B. Bergregionen) und Flächen, die in Naturschutz- und Großschutzgebieten wie Naturparks und Biosphärenreservaten bzw. in NATURA 2000 Gebieten liegen, muss nicht nur ein ökologisch qualifizierter Ausgleich gewährt werden, vielmehr ist die frühere Anreizkomponente wieder einzuführen. Umweltverträgliches Produzieren muss sich für die Bauern mehr lohnen als umweltschädliches.
- Die Investitionsförderung ist strikt zu begrenzen auf Projekte zur Verbesserung der Standards im Tier-, Natur- und Umweltschutz.
- Die Förderung der regionalen Verarbeitung und Vermarktung ist erheblich zu verbessern.

## **2. Änderung der Marktregeln:**

### **Nachhaltigkeit braucht faire Marktregeln:**

- Die Kennzeichnungsregeln müssen deutlich verbessert werden, um Wahlfreiheit für VerbraucherInnen und fairen Marktzugang für besonders nachhaltige Produkte herzustellen. So sind Milch, Fleisch und Eier, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln hergestellt wurden, verpflichtend zu kennzeichnen. Verbraucher müssen Fleisch aus Massentierhaltung ebenso leicht erkennen können wie heute bereits das Ei aus Käfighaltung.
- Stopp jeglicher Exportförderung bis 2013
- Stopp der staatlichen Förderung für die Agrar- und Lebensmittelindustrie

- Beenden der Börsenspekulation mit Lebens- und Futtermitteln zur Reduzierung der Preisschwankungen bei landwirtschaftlichen Produkten
- Reduktion der Überschusserzeugung und Stopp der Intervention für Überschüsse
- Faire Handelsregeln mit den Entwicklungsländern

### **3. Verbesserung der Standards:**

**Verpflichtende Standards müssen die Ziele der Agrarpolitik wirksam absichern:**

- Verbot der Gentechnik auf dem Feld und im Futter;
- Verbot von Monokulturen: Die Fruchtfolge muss mindestens drei verschiedenen Kulturen und einen Anteil von 20 Prozent Eiweißpflanzen (z.B. Leguminosen, Klee gras) aufweisen. Mais darf maximal jedes 3. Jahr auf der gleichen Flächen angebaut werden;
- 10 Prozent der Fläche jedes Betriebes ist extensiv zu bewirtschaften oder mit artenreichen Lebensräumen auszustatten z.B. Hecken, Blühstreifen, Feldraine und Wasserbiotope;(Ökostrukturelemente), hierfür sollen besondere Flächenförderungen gewährt werden;
- Verbot des Umpflügens von Dauergrünland;
- Eine nachweislich ausgeglichene Hoftorbilanz für Stickstoff (N);
- Kein Einsatz von Tieren aus Qualzucht; Anhebung der Mindestanforderungen für Tierhaltung.

Für Rückfragen:

Jochen Dettmer, BUND-Agrarsprecher

Lutz Ribbe, Stellvertretender BUND-Agrarsprecher

Reinhild Benning, BUND Bundesgeschäftsstelle, Leiterin Agrarpolitik

Weitere Informationen: [www.bund.net](http://www.bund.net) und [www.bund.net/landwirtschaft](http://www.bund.net/landwirtschaft)